Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 7.20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945
Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 281 | Freitag, den 2. Dezember 1921 | 12. Jahrgang

Verzweiflungsausbrüche in Wien.

Plünderung zahlreicher Geschäfte.

Wien, 1. Dez. (W.T.B.) Heute nachmittag kam es zu großen Arbeiterkundgebungen wegen der Teuerung. Schon in den ersten Nachmittagsstunden fanden sich namentlich aus dem Arbeiterbezirk Floridsdorf Tausende von Arbeitern im Innern der Stadt ein, zogen in Massenzügen vor das Parlament und begaben sich sodann in die inneren Stadtteile. Dort kam es vor einer großen Anzahl von Kaufhäusern und Geschäften zu großen Kundgebungen, in deren Verlauf viele Geschäfte fast vollständig ausgeplündert wurden. Die Demonstranten schlugen in den Geschäftslokalen die Fensterscheiben ein und drangen dann in das Innere der Geschäfte, wo sie sämtliche Lebensmittel, Schuhe und andere Bekleidungsstücke raubten. Die Polizei konnte den Plünderungen nicht Einhalt gebieten.

Erst in den späten Abendstunden gelang es der zahlreich aufgebotenen Polizei zu Fuß und zu Pferde, auf dem Ring einigermaßen Ruhe zu schaffen. Es waren aber noch verschiedene Truppe in der Stadt in Bewegung. Das „8 Uhr-Abendblatt" will wissen, daß Straßenbahnwagen angehalten und die Fahrgäste verprügelt wurden. Dem Insassen eines Autowagens soll man versucht haben eine Schlinge um den Hals zu legen, um ihn aufzuhängen. Er wurde blutig geschlagen. Schließlich gelang es der Polizei, ihn zu retten. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß es noch zu weiteren Ausschreitungen kommt. Die Polizei verhaftete eine Anzahl Personen, bei denen man aus Plünderungen stammende Waren sowie Kleidungsstücke fand. Zwischen der Regierung und den politischen Parteien fanden Besprechungen zur Vermeidung einer Wiederholung der Vorgänge statt.

Eine Abordnung der Floridsdorfer Arbeiter hat der Regierung folgende Forderungen überreicht: Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzplanes, insbesondere Anforderung der ausländischen Valuten und staatliche Kontrolle des Devisenhandels; strenge Strafen für Zuwiderhandlungen, Anforderung alles Goldes, auch jenes der Kirchen und Klöster; neue Besitzsteuer; Zahlung einer progressiven Vermögensabgabe; Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel; Abbau des staatlichen Lebensmittelzuschusses.

Durchgreifende Fürsorge für Kleinrentner in — Sachsen.

Dresden, 1. Dez. (W.T.B.) Der Haushaltsausschuß des Landtags nahm ein Gesetz an über Altersrenten für Kleinrentner. Das Gesetz bezweckt, Kleinrentnern ein einigermaßen sorgenfreies Alter durch eine Rente zu gewähren. Die städtischen Körperschaften beschlossen ebenfalls, Minderbemittelten eine Beihilfe zu gewähren, teils in Naturalien, teils in bar. Als minderbemittelt im Sinne dieses Beschlusses gilt jeder, dessen Einkommen den Betrag der ihm etwa zustehenden Erwerbslosenunterstützung nicht überschreitet.

Sachsen, das eine sozialistische Regierungsmehrheit hat, geht also in der Fürsorge für Minderbemittelte beispielgebend den bürgerlich regierten Staaten voran. Hoffentlich lernt die Danziger Bevölkerung daraus.

Frankreich und das deutsche Moratorium.

Paris, 2. Dez. „Petit Parisien" schreibt, er glaube zu wissen, Sir John Bradbury habe offiziös weniger als Mitglied der Reparationskommission, denn als Vertreter der englischen Regierung seine Kollegen über die Aufnahme befragt, die ein eventuelles Verlangen Deutschlands zu einem Moratorium finden werde. Das Blatt glaubt andererseits, daß die französische Regierung ihren Standpunkt noch nicht festgelegt habe, daß sie aber sehr ernstlich mit den französischen Delegierten in der Reparationskommission die Frage erörtere, ob es besser sei, in der Minderheit zu bleiben und alle Konsequenzen daraus auf sich zu nehmen oder ob es im Gegenteil besser sei, jene Einmütigkeit herbeizuführen, die Sir John Bradbury wünsche.

*

London, 1. Dez. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist man im Schatzamte noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands beschäftigt, und sobald der jetzt der Erwägung unterliegende Plan, der ein Moratorium auf einem dem Termenteinschema ähnlichen Vorschlag einschließt, in endgültiger Fassung aufgesetzt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammentreten, um die Vorschläge eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt an den Bemühungen zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Schwierigkeiten regen Anteil, und wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen, hofft er dann mit Harding verhandeln und ihm das Ergebnis der Bemühungen der Regierung und auch das Ergebnis der Besprechungen der letzten Tage in greifbarer Form vorlegen zu können. Wie verlautet, ist die Kabinettssitzung nur darum verschoben worden, weil gewisse Einzelheiten des Planes noch nicht fertig sind. Es ist jetzt nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammentreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Ansichten Rathenaus schon durch Vermittlung des Schatzkanzlers Horne genügend bekannt geworden ist.

Die Kursrückgänge.

Die Nachrichten über günstige Aussichten auf ein Moratorium für Deutschland wirkten gestern besonders stark auf den Devisenmarkt ein. Der Marksturz der ausländischen Zahlungsmittel setzte sich fort. Der Dollar erreichte um die Mittagsstunde einen Stand von 1%. Von dieser scharfen Abwärtsbewegung wurde naturgemäß auch der Effektenmarkt mitgerissen, dessen hohes Kursniveau sich bekanntlich in der Hauptsache auf den bisherigen hohen Dollarkurs stützte. Es kommt hinzu, daß augenblicklich eine große Geldknappheit besteht, die die Banken veranlaßt, ihre Kreditgewährung nach Möglichkeit einzuschränken. Infolgedessen stand dem Rückschlag auf dem Wertpapiermarkte keine kaufkräftige Gegenströmung gegenüber, so daß die Kurse katastrophal nach unten gingen. Einzelne Papiere fielen auf die Hälfte ihres bisherigen Kurses zurück, so z. B. Hamburg-Amerika-Linie. In Berlin befürchtet man ernste Komplikationen und Zusammenbrüche, zumal verschiedene kleine Bankfirmen am Devisenmarkte kolossale Verluste erlitten haben.

Die Kosten der gestrigen Katastrophe tragen letzten Endes die Mitläufer, denn die berufsmäßige Spekulation ist in den letzten Wochen schon aus ihren Engagements herausgegangen und die Großen wußten längst Bescheid.

Die Blätter bringen, je nach ihrer Parteistellung, die verschiedensten Kommentare zum Fall des Dollarkurses. Teilweise spricht man bezeichnenderweise von einem „schwarzen Tage" an der Börse. Zweifellos haben diese Stürze nur in der schwunghaften Hausse in den ersten Novembertagen ein Gegenstück.

Am Schlusse des Jahres 1920 stand der Dollar auf 72,99. Die mittleren Werte der folgenden Monate waren die nachfolgenden: Januar 64,90, Februar 61,30, März 62,45, April 68,53, Mai 62,30, Juni 69,98, Juli 76,67, August 84,31, September 104,91. Am 1. Oktober setzte die große Aufwärtsbewegung ein. 1. Oktober 122,50, 20. Oktober 158, 1. November 181,30, 3. November 205, 4. November 240, 5. November 248, 8. November 310 (höchster erreichter Kurs), dann wirkte die Nachricht von dem Eintreffen der Reparationskommission in Berlin, von der günstige Verhältnisse in Deutschland erwartet wurden, abschwächend auf die Kurse. Am 9. November stand der Dollar auf 247. Allein dieses Gerücht erwies sich nicht als zutreffend, und es setzte nunmehr eine neue Hausse ein, die vom 10. bis 20. November folgende Kurse herbeiführte: 270, 287. Am 20. November kam die erste Meldung von dem bevorstehenden Moratorium. Der Dollar sank sofort auf 275. Von diesem Augenblick an stürzten die Dollarkurse. Am 30. November stand der Dollar auf 245 und gestern stürzte er bis 198. Die Stärkung der Mark machte sich bereits gestern, wenn auch in schüchternen Anfängen in einer geringen Abspannung des Preises für amerikanisches Schmalz bemerkbar. Ein weiterer Sturz des Dollars muß naturgemäß eine weitere Entspannung der Konjunkturpreise, besonders der ausländischen Produkte nach sich ziehen.

Deutsche Entschädigung der zivilen Kriegsopfer.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über den Ersatz der durch den Krieg verursachten Personenschäden an. Grundsätzlich sollen danach alle Reichsangehörigen, die durch den Krieg innerhalb und außerhalb des Reiches Schädigungen an Leib oder Leben erlitten haben und nicht unter das Reichsversorgungsgesetz v. 12. Mai 1920 fallen, entschädigt werden.

Vom Sterbelager der KPD.

Was den kommunistischen Arbeitern nicht gesagt wird.

Auch die größten Aufgeblasenheiten der KPD.-Führer können nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß der Zersetzungsprozeß innerhalb der Kommunistischen Partei in geradezu rapider Weise fortschreitet. Bereits ehe die vernichtenden Enthüllungen über die provokatorische Putschpolitik des kommunistischen Führerklüngels offenbart wurden, stand es um die kommunistische Partei sehr faul. Dies zeigt am besten ein Bericht im neuesten Mitteilungsblatt der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft über eine letzthin gefundene Reichskonferenz der Levigruppe. Auf dieser Reichskonferenz berichtete ein ungenanntes Mitglied der KAG. aus dem Zentralausschuß der KPD. Aus diesem Referat und der Diskussion können wir Raummangels halber nur die wichtigsten Stellen wiedergeben. Glauben das aber tun zu müssen, damit die kommunistischen Arbeiter einmal erfahren, wie es in Wirklichkeit mit der KPD. aussieht. Es heißt da:

„Die Lage der Internationale ist erschwert durch die Politik Rußlands, die **keine großen proletarischen Bewegungen zu erwecken in der Lage ist.** Daß die Kommunistische Internationale sich in einer großen Krise befindet, kann niemand leugnen. Schon vor einem Jahre ist klar gewesen, daß es ein Verhängnis sein würde, wenn **die Kraft der KJ. nur ausreiche, um zu spalten, und nicht in der Lage sei, etwas Besseres an die Stelle des Alten zu setzen.** Und man kann nicht sagen, daß z. B. in Frankreich an Stelle der SPF. eine bessere KPF. getreten ist, genau so wie in Oesterreich und Italien. Auch in Deutschland muß man sich fragen, ob das, was die KJ. gebracht hat, das ist, was wir uns vor einem Jahre versprochen haben.

Der kommunistische Gedanke in Deutschland ist auf das schwerste belastet durch die Ereignisse in Rußland. Tausendmal kann man den Arbeitern sagen, aus welchen Gründen **der Kapitalismus zur Hilfe geholt werden muß,** daß es notwendig und richtig sei, daß dort die Diktatur errichtet sei. Die Arbeiter aber sehen vor allem eins: **Rußland muß die Kapitalisten heranholen, Rußland muß einen Kapitalismus aufbauen.** Der Kommunismus in Deutschland ist um so mehr belastet, weil er sich in **völliger geistiger Abhängigkeit von Rußland** befindet und dadurch um so mehr und um so leichter den Arbeitern das Beste nimmt, was man ihnen geben kann: die Hoffnung auf eine bessere Zukunft."

Ueber das Referat Eberleins auf der Zentralausschußsitzung berichtet ein Genosse:

„Eberlein gab den Bericht über die Organisation. **Jedes Vertrauen, jede Autorität der Zentrale sei nach Jena geschwunden.** Jeder mache, was er wolle. Manche Genossen würden dies auf eine Ueberspannung der „Disziplin" zurückführen!! Der Mitgliederbestand betrüge 270 000. Diese Zahl wurde sofort darauf durch Felix Schmidt indirekt rektifiziert. Nach dem Kassenbericht betrug die Abrechnung für jedes Mitglied im letzten Quartal nur 75 Pfennige. (!!) Bei voller regulärer Beitragszahlung **schmilzt also der Bestand der zahlenden Mitglieder auf 135 000 bis 150 000 Mitglieder zusammen.** Die Zahl der Abonnenten aller kommunistischen Zeitungen ist von 270 000 im Juli auf 240 000 zurückgegangen. Die Gesamtauflage der „Roten Fahne" ist 35 000, der Mitgliederbestand in Berlin-Brandenburg 22 000!

Die Lage in den Bezirken der KPD. wurde von allen als äußerst traurig geschildert. Nirgends sei reges politisches Leben, Einheitlichkeit, Vertrauen oder irgendwelches Zusammenarbeiten vorhanden. **Der Einfluß der Partei auf die Massen außerhalb der Organisation sei fast gleich Null.** Die „Radikalen" könnten in den meisten Bezirken das Parteischiff allein nicht mehr steuern; man hole deshalb in vielen Fällen wieder die „Leviten" heran."

Das ist, wie bemerkt, die Situation in der KPD. vor den aufsehenerregenden Enthüllungen des „Vorwärts". Wie mag es jetzt erst in den Reihen der kommunistischen Anhänger aussehen, nachdem sie erfahren haben, in welch verbrecherischer Weise sie von ihren Führern in die Gewehre der Schutzpolizei hineingejagt wurden? Der oben wiedergegebene Bericht ist der beste Beweis dafür, welche Gründe der immer stärker tönende kommunistische Theaterdonner für

ne „Einheitsfront" hat. Man ist eben am Ende
ines Lateins und möchte den verlorenen Einfluß
rch freundliche Mithilfe der sozialdemokratischen
arteien wieder zurückerobern. Die letzten Feststel-
ngen der gemeingefährlichen Verderblichkeit der
PD. haben jedoch aufs neue eindringlich gelehrt, daß
höchste Zeit ist, daß diese Partei aus dem politischen
ben schnellstens verschwindet. Der Arbeiterklasse
d ihrer Einigung auf wahrhaft sozialistischer Grund-
ge kann das nur dienlich sein.

Revision der Reparation?

Seit vor einigen Tagen der Verband der englischen Industriellen eine Denkschrift über die Revision der deutschen Reparationszahlungen erscheinen ließ, sind englische und französische Blätter voll von Ankündigungen, daß demnächst diplomatischer Vorstoß Englands zur Abänderung des Londoner Finanzultimatums erfolgen werde. Diese Nachricht hat viel Wahrscheinlichkeit für sich. England und in erheblicher Masse Amerika stehen unter dem Eindruck der verderblichen schädigenden Wirkungen, die die ersten deutschen Reparationszahlungen auf ihre Wirtschaft ausgeübt haben. Im englischen Weihnachtsmarkt wird berichtet, daß 70 Prozent aller Geschenkartikel deutscher Herkunft seien. Ist das Verhältnis auf anderen Märkten auch nicht ganz so auffallend, so tritt doch überall die durch die Markentwertung erhöhte Ueberkonkurrenz der deutschen Industrie deutlich in Erscheinung. Elend herrscht drüben in den Siegerländern wie bei uns zu Hause. Während die deutschen Arbeiter hungernd arbeiten müssen, müssen die anderen arbeitslos hungern.

Wenn die englische Regierung also wirklich die Revision des Londoner Finanzdiktates anstrebt, so folgt sie zweifellos dem Druck von unten. Und wenn sie den Versuch machen würde, das Problem auf die lange Bank zu schieben, so würde sich dieser Druck noch verstärken. Wir können also voraussagen, daß eine Voraussage, auf die sich die deutsche Erfüllungspolitik gründete, sich zu verwirklichen beginnt. Nehmen wir im Mai dieses Jahres das Ultimatum nicht an, so war der Verlust des ganzen jetzt wenigstens zum Teil geretteten Oberschlesiens, die Besetzung des Ruhrreviers und eine neue Hungerblockade gewiß. Binnen kurzer Zeit hatte jede deutsche Regierung, auch wenn sie deutschnational gewesen wäre, zu Kreuze kriechen müssen, und wir hätten zu den Bedingungen des Ultimatums auch neue furchtbare „Sanktionen" auf dem Halse gehabt. Durch die Annahme des Ultimatums und durch den Versuch, es zu erfüllen, ist bewirkt worden, daß der Anstoß zur Revision gar nicht mehr von Deutschland, sondern von den Siegerländern erst ausgeht. Damit ist zugleich die grenzenlose Gewissenlosigkeit enthüllt, mit der die Väter des Dokuments von Versailles und des Londoner Finanzdiktats zu Werke gegangen sind. Diese Dilettanten haben in ganz unverantwortlicher Weise mit den Schicksalen des arbeitenden Volkes in der ganzen Welt gespielt. Sie bildeten sich ein, daß es möglich sei, aus einer staatlich begrenzten Volkswirtschaft in andere bemessene Werte hinüberzuleiten in einer Weise, daß die Aber gelassene Volkswirtschaft zur Not noch gerade lebensfähig erhalten, die anderen aber, die Empfangenden, lebensfähiger gemacht werden. Sechs Monate haben genügt, den Unsinn dieses Experiments zu beweisen.

Leider ist mit dem unaufhaltsamen Vordringen dieser Erkenntnis das Problem selbst noch lange nicht gelöst. Mit dieser Art von Frieden hat es genau dieselbe Bewandtnis wie mit dem Krieg: Hineinzukommen ist sehr leicht, aber wieder herauszukommen ist desto schwerer.

Die Lösung des Problems wird bei den jährlichen Ratenzahlungen in Angriff genommen werden müssen. Und wird es ohne ganz energische Herabsetzungen nicht gehen. Auch Warenleistungen müßten auf eine Quantität beschränkt werden, die von den deutschen Steuerzahlern ohne Zusammenbruch der Wirtschaft getragen werden könnten.

Man wird aber noch mit einer jahrelangen Entwicklung rechnen müssen, bevor die wirtschaftliche Vernunft wieder zur Geltung kommen wird, denn die Fehler, die die Väter des Londoner Finanzdiktats gemacht haben, sind zu groß, als daß sie durch einen einzigen Schritt wieder gut gemacht werden könnten.

„Ruck nach rechts".

Die Rechtspresse gefällt sich darin, die hessischen Wahlen als einen großen Erfolg der reaktionären Parteien, als einen bemerkenswerten „Ruck nach rechts" hinzustellen. Das Ganze ist aber nichts anderes als ein Spiel mit Zahlen. Man kommt zu den verschiedensten Möglichkeiten, wenn man einmal die Ziffern von 1919, ein anderes Mal die von 1920 zugrunde legt. Wir wollen aber eins festhalten: Die Ziffern, die unter dem ersten Eindruck der Umwälzung erhalten wurden, sind kein Maßstab für die zukünftige Entwicklung. Was damals in der Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden zum erstenmal sozialistisch oder demokratisch stimmte, ist nach dem Versailler Diktat wieder ins Lager der Indifferenz oder der Reaktion geflüchtet. Die Reichstagswahlen von 1920 gaben schon wieder einen Standard, nachdem die Spaltung der sozialistischen Parteien sich erst voll ausgewirkt und auch dem Kapp-Putsch sich die Stoßkraft der Unabhängigen auf der Höhe befand. Legt man die Reichstagswahlziffern aber dem Vergleich mit dem neuesten hessischen Landtagswahlergebnis zugrunde, dann stellt sich „Ruck nach rechts" doch nur sehr kläglich dar. Die Rechtsparteien — Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, einschließlich des Bauernbundes — hatten 1920 zusammen 177 979 oder 30,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Jetzt haben sie 255 Stimmen, also eine Abnahme von 29721! Zwar weil die Gesamtbeteiligung an der Wahl eine sehr geringe war, stieg ihr prozentualer Anteil auf 34,9. Die Sozialdemokratie aber, deren Mandatsziffer noch auf den Wahlen von 1919 beruhte, büßte infolge der Wahlmüdigkeit zwar auch an Stimmen ein, aber sie steht mit 32,9 Prozent (1920: 30,3) weitaus an der Spitze der Parteien und zählt allein immer noch genau so viele Wähler, als Volksparteiler, Deutschnationale und Bauernbündler zusammen aufbrachten!

Die Sozialdemokratie kann — wenn man von der allgemeinen Wahl-Müdigkeit absieht — mit dem Wahlergebnis noch immer mehr zufrieden sein, als die Rechtsparteien, die sich heute wieder als Sieger aufspielen möchten.

Für die sozialistische Gesamtbewegung kommt allerdings in Frage, daß Unabhängige und Kommunisten zwar die alte Partei gespalten und dadurch zeitweilig geschwächt haben, daß aber von ihrer Werbekraft in Hessen, wie überall, nur noch wenig übrig ist. Von den 75434 Stimmen, die beide linksradikale Gruppen 1920 buchten, sind nur noch 34 161 übrig. Mehr als 41 000 kommunistisch-unabhängige Wähler sind spurlos verschwunden! Angeekelt vom Bruderkampf blieben sie der Wahl fern und stärkten so indirekt die Reaktion, die heute jubiliert. Wenigstens die Unabhängigen sollten aus dem Wahlresultat lernen. Den Kommunisten trauen wir dazu nicht mehr die geistige Fähigkeit zu.

*

Nach den amtlichen Feststellungen ist der Ausgang der hessischen Landtagswahlen für die Sozialdemokratie sogar noch ein weit günstigerer, als zuerst gemeldet wurde. Die Sozialdemokratie hat trotz viel schwächerer Wahlbeteiligung die Stimmenzahl von 1920 erreicht. Der Verlust beträgt nur 100 Stimmen. Die Unabhängigen verloren 50 000 Stimmen. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Rechtsparteien haben starke Verluste erlitten. Die Deutschnationalen verloren 60 000, die Deutsche Volkspartei 20 000, die Demokraten 30 000 und das Zentrum 15 000 Stimmen. Nur der neugebildete Bauernbund erhielt als Zuwachs 85 000 Stimmen.

Die Internationale für Georgien.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat auf seiner letzten Tagung in Brüssel einstimmig nachfolgende Entschließung angenommen:

Das Exekutivkomitee hat die Antwort der Kommunistischen Partei Georgiens auf seinen Vorschlag bezüglich Entsendung einer gemischten internationalen Kommission nach Georgien zur Kenntnis genommen. Ohne auf die Beschimpfungen der internationalen sozialistischen Bewegung, die diese Antwort enthält, einzugehen, stellt das Exekutivkomitee fest: 1. daß das Territorium von Georgien von den Truppen der Moskauer Regierung besetzt wurde, daß den Okkupationsbehörden die georgische Bevölkerung feindlich gegenübersteht und daß vor dem Proletariat der ganzen Welt die Moskauer Regierung allein verantwortlich ist für die Verwüstung der georgischen Republik und für das Terrorregime, das dort eingeführt wurde; 2. daß diese Verantwortlichkeit der Moskauer Regierung erheblich erschwert ist angesichts der letzten Ereignisse in Georgien, namentlich der Arbeiterstreiks und Protestkundgebungen die mit brutaler Gewalt nach den Methoden reaktionärer Regierungen niedergedrückt wurden; 3. daß, während die Moskauer Regierung heute von den anderen Staaten verlangt, anerkannt zu werden, sie verpflichtet ist, wenn ihre eigenen Rechte respektiert werden sollen, auch die Rechte der anderen Völker zu respektieren und nicht die elementaren Grundsätze verletzen darf, die die Basis eines Zusammenlebens zivilisierter Völker ausmachen.

In dieser Erwägung erneuert das Exekutivkomitee seine entschiedene Forderung an die russische Regierung ihre Truppen aus Georgien zurückzuziehen, damit dem georgischen Volke die Möglichkeit gegeben wird, über sein Geschick selbst zu bestimmen; und empfiehlt allen angeschlossenen Parteien, bei Festlegung ihrer Haltung hinsichtlich der Anerkennung der Regierung von Moskau dem direkten Zusammenhange Rechnung zu tragen, der besteht zwischen der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands und der der Befreiung der sogenannten Fremdvölker, im besonderen der georgischen Demokratie, die ihre Befreiung von jeglichem Fremdjoche erstrebt.

Das Urteil eines Kenners.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht von Karl Radek, dem theoretischen Papst der Kommunisten, den Anfang einer Artikelserie über die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland. Darin stellt er seinen deutschen Freunden folgendes Zeugnis aus:

> Bisher haben viele Kommunisten es unter ihrer revolutionären Würde gehalten, „sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Bourgeoisie aus dem Dilemma herauskommen soll". Vielerorts waren die Kommunisten der Meinung, es genüge, wenn wir bei dem Proletariat die natürliche menschliche Unlust zum Steuerzahlen stärken und uns mit rein negativen Lösungen begnügen.
>
> **Die Berliner Linke hat ein scharfes Empfinden für agitatorische Notwendigkeiten. . . Aber gleichzeitig ist diese Linke theoretisch außerordentlich konfus, und diese Konfusion hält sie für ein revolutionäres Gewissen. . .**

Da Radek das sagt, wird es wohl so sein!

Jouhaux über die Deutschen Werke.

Berlin, 1. Dez. Der erste stellvertretende Vorsitzende des internationalen Gewerkschaftsbundes, der französische Sozialistenführer Jouhaux, der als Mitglied der von der internationalen Arbeiterschutzkonferenz gebildeten Kommission zum Studium der deutschen industriellen Werke, die eine Studienfahrt durch Deutschland gemacht hat, erklärte einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." über die von der Kommission gewonnenen Eindrücke u. a.: Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen Werken, die wir besichtigt haben, die Bestimmungen und Vorschriften des Friedensvertrages loyal und vollkommen erfüllt sind. Nach unserer Ansicht sind die Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission zum mindesten überflüssig. Eine zuverlässige Sicherheit freilich gegen die Erneuerung der Produktion von Kriegsmaterial kann schwerlich durch die technischen Aenderungen allein geboten werden. Die beste Garantie liegt in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, sich jeder unerlaubten Herstellung von Kriegsgerät zu widersetzen.

Einladung zu einer internationalen Kurskonferenz.

Paris, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Matin" aus Washington hat die Reparationskommission dem Finanzdepartement die Einladung übersandt, einen Teleglerten zu einer demnächst stattfindenden internationalen Konferenz zu entsenden, die Mittel suchen soll, um die heftigen Kursschwankungen zu vermeiden, die sich aus Anlaß der nächsten deutschen Reparationszahlung ergeben können. Das Finanzdepartement habe die Einladung angenommen und werde wahrscheinlich Vonden, den amerikanischen Delegierten bei der Reparationskommission zu dieser Konferenz entsenden. Finanzsekretär Mellon habe jedoch zwei Bedingungen gestellt, nämlich, daß die Konferenz streng auf den angekündigten Gegenstand beschränkt werde und daß sie sich weder mit der Verfertigung der Wechselkurse im allgemeinen, noch mit dem Problem der Reparationen in seiner Gesamtheit befassen werde und daß der amerikanische Delegierte nur eine halbamtliche Ansicht kundgebe.

Neue Volks- und Berufszählung in Deutschland. Nachdem der räumliche Umfang des deutschen Reichsgebietes nunmehr eine endgültige Form angenommen hat, soll eine Gesamtinventur der in dem verkleinerten Deutschland vorhandenen Produktionsmittel vorgenommen werden. Diese Inventur soll im Frühjahr des nächsten Jahres stattfinden, und zwar voraussichtlich am 18. Mai. Es wird an diesem Tage eine allgemeine Volkszählung und in Verbindung damit eine Berufszählung, sowie eine landwirtschaftliche und eine gewerbliche Betriebszählung vorgenommen werden. Die letzte allgemeine Berufs- und Betriebszählung wurde im Jahre 1907 durchgeführt. Als Kosten dafür sind im Reichshaushaltsplan 40 Millionen Mark angesetzt. Der Betrag erhöht sich nach den inzwischen eingetretenen Steigerungen der Löhne und Materialien auf rund 70 Millionen Mark.

Zeitgemäßer Erlaß. In einem auch für Danzig beachtenswerten Erlaß hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt die Oberpräsidenten beauftragt, das Augenmerk auf jene Veranstaltungen zu richten, die unter dem Aushängeschild des wohltätigen Zweckes sehr oft nichts anderes als laute, mit Vergnügungen verschiedener Art verbundene Feste sind, bei denen wegen der hohen Kosten der „wohltätige Zweck" meist sehr schlecht abschneidet. Der Erlaß nimmt bezug auf das an den Reichskanzler gerichtete Schreiben des Reichspräsidenten, in dem dieser auf die Notwendigkeit hinweist, den Auswüchsen gesellschaftlichen Lebens zu steuern und die Lebensführung dem Ernst der Zeit anzupassen. Es ist falsch, anzunehmen, daß Feste jener Art in nennenswertem Maße zur Linderung von Notständen beitragen, denn solche Veranstaltungen dienen nicht nur der Genußsucht, sondern in sehr vielen Fällen in noch höherem Maße der Gewinnsucht geschäftsinteressierter Persönlichkeiten, und nur zum kleinsten Teile kommen die dabei umgesetzten Summen dem Zwecke zugute, dessen Aushängeschild sie tragen. Der beschämende Zustand, daß die Unterstützungen Bedürftiger, z. B. hungernder Kinder, durch Steigerung von Wohlleben und Ueppigkeit erkauft werden, soll verschwinden. Die Genehmigung zur Veranstaltung von Wohltätigkeitsfesten, die mit kostspieligen Festessen oder anderen der Not der Zeit und dem sozialen Zwecke widersprechenden Vergnügungen, z. B. in besonders betonter Weise mit Tanz verbunden sind, soll zukünftig versagt werden.

Im Zeitalter der „Abrüstung". In England haben Versuche mit einem Land- und Wassertank stattgefunden, der über 50 Kilometer in der Stunde sowohl auf dem Lande wie auf dem Wasser zurückzulegen vermag. Die Prüfung ist „befriedigend" ausgefallen. Das Fahrzeug gleicht äußerlich einem Torpedo mit einem Kommandoturm etwas vor Mittschiffs. Es hat sehr starke Maschinen und ein Gewicht von 10 Tonnen. Zahlreiche und starke Schaufelräder bewegen es im Wasser. Offizielle Persönlichkeiten der Armee haben den Versuchen beigewohnt.

Kommunistenverurteilung in Italien. Das Militärgericht in Palermo bestätigte die Verurteilung des kommunistischen Abgeordneten Misano zu zehn Jahren Zuchthaus wegen Fahnenflucht während des Krieges. Das Publikum rief bei Verkündung des Urteils: Es lebe Italien, es lebe die Armee!

Umfangreiche Fälschungen von Dollarnoten in Polen. Die polnische Darlehnskasse in Warschau warnt vor gefälschten Banknoten zu 50, 100 und 500 Dollar, die in letzter Zeit in größeren Mengen in den Verkehr gebracht werden. Sie stellen echte Noten zu 1, 2 und 5 Dollar mit geschickt gefälschten Zahlen dar und die Fälschung kann nur durch Personen festgestellt werden, die mit den zahlreichen amerikanischen Notensorten vertraut sind.

Das tut aber auch not! Der Berliner Polizeipräsident Richter hat angeordnet, daß bei der Abteilung des Polizeipräsidiums zur Bekämpfung der Unsittlichkeit ein tierärztlicher und försterischer Sachverständigenausschuß gebildet wird.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 281 | Freitag, den 2. Dezember 1921 | 12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der gute Ton in der Markthalle. Die Warenknappheit, die Teuerung und die allgemeine Nervosität haben im Kleinhandel oft einen unangenehmen Ton hervorgebracht. So hatte sich die Fleischerfrau Kuschel in Danzig wegen verfuchter Nötigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Eine Frau kam in der Markthalle an den Fleischerstand der Angeklagten und wollte Fleisch kaufen. Die Angeklagte legte ihr frisches Fleisch vor. Die Frau erklärte, das Fleisch rieche bereits. Nun fing die Angeklagte gewaltig zu schimpfen an und drohte, „wenn Sie jetzt nicht von meinem Stand fortgehen, dann werfe ich Ihnen ein Stück Fleisch an den Kopf." Die Angeklagte hatte einen Strafbefehl über 200 Mark erhalten, gegen den sie Einspruch erhob. Das Gericht erhöhte die Strafe auf 300 Mark.

Wie man mit dem Autofahrer verhandelt. Der Kaufmann Johann Krankl und der Autodroschkenbesitzer Johann Lippke in Danzig hatten sich wegen Beleidigung und Körperverletzung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Krankl befand sich an einem Juniabend mit einer Dame in der Konditorei und als er mit der Dame fortging, war er ein wenig angeheitert. Nun wollte er mit der Dame ein Auto benutzen. Er stand auf dem Kohlenmarkt auf der dem Autodroschkenstand gegenüberliegenden Seite und rief nach einem Auto. Lippke war Autofahrer, hörte aber auf diese Rufe nicht. Krankl ging dann zu L. heran und stellte ihn zur Rede. Als Einleitung gebrauchte er die beruhigenden Anreden: Lump, Spitzel, Laps, Esel, verabreichte ihm dann einen Fußtritt und erhob den Stock zum Schlagen. L. fand diese Aufforderung zum Abschluß eines Fahrvertrages etwas sonderbar und suchte sich die Kundschaft mit der Hand abzuwehren. Das Gericht verurteilte Krankl wegen Beleidigung und einfacher Körperverletzung zu 500 Mark Geldstrafe. Lippke wurde freigesprochen, da er sich in Notwehr befunden habe. — Hier liegt doch wirklich die Frage nahe, warum man den Autofahrer überhaupt unter Anklage stellte.

Künstlerische Morgenfeier. Der Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig veranstaltet aus Anlaß seines ersten Stiftungsfestes am 4. Dezember, vormittags um 10½ Uhr, im Saale der U. T.-Lichtspiele eine künstlerische Morgenfeier, deren Ertrag für die Witwen und Waisen des Vereins bestimmt ist. Ausführende des Konzertes sind bekannte Danziger Künstler. So wird das „Danziger Trio" das H-Dur-Trio Opus 8 von Brahms zum Vortrage bringen und außerdem jeder der Künstler, Frl. Ella Mertins (Klavier), Herr Louis Conradt (Violine) und Herr Max Müller-Roda (Cello) Solokompositionen für sein Instrument spielen. Herr Brückel vom Danziger Stadttheater wird einen Prolog sprechen und außerdem zwei Dichtungen rezitieren. Der Buchdrucker-Gesangverein wird unter Leitung seines Chormeisters Janke einige Chorlieder singen. Die Veranstaltung wird durch musikalische Vorträge des vollzähligen Hausorchesters der U. T.-Lichtspiele eingeleitet.

Den Arbeitern und Mitgliedern der Arbeiter-Gesangvereine ist hier Gelegenheit geboten, für geringes Entgeld gute Musik zu hören. Der Eintrittspreis beträgt 5 Mark. Karten sind im Gaubureau der Buchdrucker, Lastadie 7, am Sonnabend, von 7—9 Uhr abends, oder Sonntag, vormittags, an der Kasse der U. T.-Lichtspiele erhältlich.

Sabotage der Kartoffelversorgung.

Vorschußzahlung an die Beamten und Angestellten.

Der Volkstag beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, den Senat zu ermächtigen, an sämtliche Beamten und Angestellten des Freistaates sofort einen Vorschuß in Höhe eines Vierteljahresbezuges auf die neue Besoldungsordnung auszuzahlen. Für die kommunalen Beamten und Angestellten soll das gleiche geschehen.

Das verpfuschte Kartoffelversorgungsgesetz führte zu einer längeren Aussprache. Die Linke lehnte das Gesetz in der vorliegenden Form ab. In achtwöchentlichen Verhandlungen hat die bürgerliche Mehrheit das Gesetz so verschandelt, daß nur noch eine Liebesgabe von 10 Millionen Mark für die Landwirtschaft übriggeblieben ist. Die in der ersten Ausschußberatung beschlossene Beschlagnahme zu Höchstpreisen wurde durch das Versagen des Zentrums und der Deutschen Partei in der 2. Ausschußlesung fallen gelassen. Durch erneute Einbringung der Anträge war den Zentrumsarbeitern Gelegenheit geboten, die Verschlechterung des Gesetzes abzuwehren. Aber nur der Zentrumsmann Stewicki stimmte für die Anträge der Linken, während das übrige Zentrum unter der Führung von Gaikowski den deutschnationalen Landwirten Gefolgschaft leistete. Die Deutsche Partei stimmte gleichfalls für die Interessen der Landwirte. Nach einem halben Dutzend namentlichen Abstimmungen wurde das Pfuschwerk in 2. und 3. Lesung angenommen.

•

93. Vollsitzung des Volkstages

am Donnerstag, den 1. Dezember 1921.

Der Präsident Dr. Treichel eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, daß Genosse Gerick-Oliva in den Volkstag eingetreten ist.

Sodann verliest der Präsident folgenden von sämtlichen Parteien des Hauses gestellten

Dringlichkeitsantrag:

Wir beantragen, der Volkstag wolle beschließen: Der Senat wird ermächtigt, sämtlichen Beamten und Angestellten der Freien Stadt Danzig sofort einen Vorschuß in Höhe der Bezüge für ein Vierteljahr auf die durch das neue Diensteinkommensgesetz zu erhöhende Besoldung zu zahlen. Auch für die Beamten und Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger Behörden ist die Zahlung entsprechender Vorschüsse sofort durchzusetzen.

Der Antrag wird ohne Wortmeldung einstimmig angenommen. Sodann erfolgt die 2. Lesung des

Kartoffelversorgungsgesetzes.

Abg. **Janzen** erstattet Bericht über die Ausschußverhandlungen. Die Abänderungsanträge der Kommunisten wurden mit 10 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Redner empfahl die nun vorliegende Ausschußfassung des Gesetzes.

Der § 3 des Gesetzes hatte in der ersten Ausschußberatung folgende Fassung erhalten:

Es ist unverzüglich eine Bestandsaufnahme der im Gebiet der Freien Stadt Danzig bei den Erzeugern und Händlern vorhandenen Kartoffeln anzuordnen. Die noch vorhandenen Inlandskartoffeln werden gleichzeitig beschlagnahmt zugunsten des Wohlfahrtsamtes der Stadt Danzig.

Den Produzenten ist nur der zur Staat und ihrem Eigenbedarf notwendige Vorrat zu belassen. Die Erzeuger erhalten folgende Höchstpreise: 45 Mk. für den Zentner ab Hof oder Feld, 50 Mk. für den Zentner frei Bestimmungsort. Die Händler erhalten den nachweisbar gezahlten Einstandspreis zuzüglich 5 Prozent.

Auf Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Partei und der Zentrumspartei wurde in der zweiten Ausschußberatung der Paragraph wie folgt abgeändert:

Im Gebiete der Freien Stadt Danzig ist unverzüglich eine Bestandsaufnahme der bei den Kartoffelerzeugern und bei den Kartoffelhändlern lagernden Kartoffeln durchzuführen. Anbauflächen unter ½ Hektar sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Der Senat ist berechtigt, eine Beschlagnahme der Bestände anzuordnen, falls das nach dem Ergebnis der Bestandsaufnahme zweckmäßig erscheint.

Abg. Gen. **Rehberg** erklärte, daß die Ursache des Gesetzes eine große Anfrage der Sozialdemokratischen Partei ist. Wäre damals schnell gearbeitet worden, hätte man Kartoffeln zu billigen Preisen erhalten. Inzwischen sind 8 Wochen vergangen und die Kartoffeln von den Besitzern zu teuren Preisen verkauft worden. Für die sozialdemokratische Fraktion ist

dieses Gesetz unannehmbar,

weil es von der Rechten verstümmelt worden ist. Alle Arbeit der Rechten dient nur zur Verschleppung und Verschlechterung des Gesetzes. Der Gesetzentwurf hat keinen Wert, weil die Erzeugerhöchstpreise abgelehnt worden sind. Als Beweis dafür, daß die Landwirte nur an Deutschnationale Kartoffeln geliefert haben, berief sich Gen. Rehberg auf eine Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Deutschnationalen Partei. Redner beschäftigte sich alsdann mit der

Rentabilität der Landwirtschaft.

Senator Ziehm habe im Volkstag erklärt, daß die Selbstkosten pro Morgen 1140 Mk. betragen. Bei einer durchschnittlichen Ernte von 50 Zentner Kartoffeln pro Morgen und einem Verkaufspreis von nur 40 Mk. ergibt sich demnach schon eine Einnahme von 2000 Mk., also ein Verdienst von 851 Mk. pro Morgen. Ein Gut von 1000 Morgen hätte schon bei diesem Kartoffelpreis einen Reinverdienst von 851 000 Mark gebracht. Redner empfahl dem Senat, bei der Steuerveranlagung auf diesen riesigen Gewinn zu achten. Nach Feststellungen des Gen. Rehberg beträgt die

Kartoffelernte des Freistaates 1 515 000 Zentner.

Nach Abzug der Saatkartoffeln und des Selbstverbrauchs der Landwirtschaft müßten noch 6—700 000 Ztr. Kartoffeln zur menschlichen Ernährung vorhanden sein. In den deutschnationalen Kellern werde man ebensoviel Kartoffeln finden, wie auf dem Lande. Redner schildert dann, wie die Kartoffelbestandsaufnahme von den Gutsbesitzern sabotiert wird, und verlas im Anschluß daran einen Artikel aus der Zeitung des

Sonntag ist Gewerbegerichtswahl!

Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht! Auf jede Stimme kommt es an.

Nur die Kandidaten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig (Freie Gewerkschaften) dürfen gewählt werden. Deshalb stimmt am Sonntag nur für die

Liste 1

Neben Hand- und Kopfarbeitern aller Betriebe ist auch hier die Frau zum ersten Male als Beisitzerin aufgestellt. Diese Liste muß am 4. Dezember den Sieg davontragen.

Wenn einer es schlau macht.

Eine lustige Geschichte von Ludwig Anzengruber.

(3.) (Fortsetzung.)

Das war es, was der Dieter wollte. Das Gehen hatte er ihnen verleidet, und das Bleiben dachte er ihnen so einzurichten, daß sie sich darauf hin des Kommens zu schämen hätten!

Wer als Wirt auf den Gasthof „Zum blauen Stern" zu sitzen gekommen wäre, wenn an jenem Abend der Dieter sich einen Streich gegen seine Nebenbuhler ausgesonnen hätte, das vermochte wohl niemand zu sagen, aber hintennach konnte jeder die Wirtin versichern hören, daß ihr der „Buchbinder Dieter" damals einen rechten Dienst getan.

Als am andern Morgen die Wirtin die Treppe hinabstieg und, wie es ihre Gewohnheit war, vorerst im Hofe Umschau hielt, da saß ihr in den hellen, braunen Augen und auf den vollen, roten Lippen der Schalk, denn das gottlose Weib dachte gerade daran, daß es durch die gestern getane Äußerung drei Mannsleute in all die Unruhe, Eifersüchtelei und Schmachtlappigkeit geführt habe, welche so eine Werbung, mit anderen um die Wette, zur Folge hat.

Die alte Stalldirne, welche eben die Milchkeimer scheuerte, rief vom Brunnen her den Morgengruß.

Die Frau Wirtin dankte mit freundlichem Nicken und rief dann hell und greil nach der Kellnerin, der Nandl.

„Darauf hört die heut wohl nit, Wirtin," sagte die Alte, „wirst sie schier selber aufbeuteln müssen."

„Na, wäre nit übel," meinte die junge Frau.

„Mein'" sagte die alte Magd, „wußt es nur wissen, daß von gestern abend bis heute früh ui weiter zu bringen waren und da gesessen sein, und alles aufgegessen haben, was sie nit ißt, und alles getrunken, was sie nit trinkt."

„Ja, wer denn?"

„No, der Mänbergerdl, der Fleischerwastl und der Buchbinder Dieter."

„So?" sagte die Wirtin und runzelte die Augenbrauen. „So?" wiederholte sie. „Da muß ich doch gleich die Nandl drüber befragen."

Sie ging rasch nach der Wirtsstube und quer durch diese nach der Schlafkammer des Mädchens und hatte alle Mühe, dieses zu erwecken und bis zur vernünftigen Rede zu ermuntern. Da bekam sie denn zu hören, daß das saubere Kleeblatt vor anderthalb Stunden erst weggegangen, der Dieter aber noch nicht heim sei, sondern nur ein wenig in der freien Luft sich herumtreibe, um der Wirtin, wenn sie wach wäre, über all das während der Nacht Vorgefallene Bescheid zu sagen.

Die Wirtin schüttelte den Kopf, aber der Unmut wich aus ihren Zügen; sie trat an das Fenster und blickte durch die Scheiben hinaus auf den Platz, da sah sie auch den Dieter wie eine Schildwache längs der Häuserzeile dahinstörchen, als er aber näher kam und ihrer ansichtig werden konnte, da war er in wenig Sprüngen Wegs herüber und klopfte an die Scheiben und pochte an der Türe. Als ihm die aufgetan ward, trat er ein und sagte: „'n Morgen herein, so schön, wie du selber bist, Wirtin, und wenn dir meine frühe Kundschaft lieb und recht ist, so gib mir schnell ein Stamperl Kräutergeist."

Da blickte die Wirtin schon wieder etwas unfreundlicher und ließ den Kräutergeist durch die verschlafene Nandl herbeischaffen.

„Wär mir lieber gewest", sagte der Dieter, „du hättest mir den eingegossen, schmeckt mir dreimal so gut! Wißt mir wohl gar bang, weil ich heut nacht von da gar nit heimgefunden hab'! O, Wirtin mein, dös war ja mein Traum und mein Leben, daß ich von demselben Haus nie heraus müßt' und drein verbleiben kunnt."

„No, wer weiß, was geschieht," sagte die Wirtin.

Der Dieter machte dazu ein so rundes, leuchtendes Gesicht, wie der Vollmond, wenn er hinter den Bergen aufsteigt. „So allein, wie ich jetzt dastehe," fuhr die Wirtin fort, „vermag ich eh' mit der Wirtschaft nit auszukommen, und gib ich's weg, mögst sie a kaufen."

Wie jetzt der Dieter betrübt den Kopf neigte und zur Seite sah, war er im letzten Viertel. „Hast du's not, zu verkaufen? Hast du's not, allein zu bleiben?" murmelte er. Nach dem Mittel, zu dem er griff, um seine Betrübnis zu lindern, schien dieselbe jedoch nicht so ernstlich, denn er goß den Kräutergeist darüber. „Dein Wohl, Wirtin."

„Dank schön! Du meinst also, ich sollt es wieder mit dem Heiraten versuchen?"

„Gewiß! Ein Weib wie du, Wirtin, braucht nur die Hand auszustrecken, so hat's an jeden Finger a paar hängen! Für a Weib wie du, wär's Ledigbleiben völlig a Sünd'!"

„Geh nur zu! Aber wann du meinst und glaubst, und weil du mein Freund bist, so sage nur auch, zu welchem möchtest du mir raten, zum Mänberserdl oder zum Fleischhauerwastl?" neckte sie.

Der Dieter stützte den Kopf auf den rechten Arm und zog ein sehr ernsthaftes Gesicht, das nur von den lustig blinzelnden Augen Lügen gestraft wurde.

„Wen ich dir vermein', wenn ich dir's gut mein', meinst?" fragte er, „Na, freilich, so leicht geht das nit zu sagen, das will überlegt sein — den Mänberserdl, den wirst wohl kaum mehr nehmen—."

„Ei, warum denn nit?" fragte die Wirtin dazwischen.

Aber der Dieter redete, ohne darauf zu achten, weiter. „Doch wann dir der Fleischerwastl recht sein tät', so wünsche ich mir nix Besseres."

Die Wirtin machte große Augen, dann sagte sie spöttisch: „Hat er dich vielleicht zu seinem Freiwerber bestellt und ist dir um ein Kuppelpelz?"

„Wirtin, o du mein', Wirtin, du!" rief der Dieter lustig. „Wie kannst nur so eine Frage tun? Eh' ließ ich mir da die Zähne ausbrechen und die Zunge abschneiden, eh' ich einem andern 's Wort bei dir redete. Und nahm kein Kuppelpelz, und wenn er gleich so groß wär, daß wer mit ihm a Roß Haud zudecken kunnt, und an jedem Haar a Dukaten hänget!"

(Fortsetzung folgt.)

Landbundes, in dem davor gewarnt wird, über die Rentabilität der Landwirtschaft irgendwelche Angaben zu machen. Gen. Rehberg schloß seine Rede mit der Mahnung an die Rechte, im Interesse ihrer Nachkommenschaft mit ihrer volksfeindlichen Politik Schluß zu machen.

Abg. **Schmidt** (K.) schildert das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Ausschuß. Ohne jede Debatte wurde abgestimmt, weil die Blockparteien sich schon vorher verständigt hatten. Redner betonte, daß seine Fraktion die im Ausschuß abgelehnten Anträge erneut einbringen werde und begründete sie im einzelnen. Die Hauptforderungen sind Errichtung einer Kartoffelstelle, die die Einfuhr und Verteilung der Kartoffeln überwacht, Beschlagnahme der Auslandskartoffeln und Abgabe zu Höchstpreisen (40 Mk.) an die Bevölkerung. Deckung der entstehenden Ausgaben durch eine Vermögensabgabe. Redner zeigt an Beispielen, wie die Großagrarier bei der Bestandsaufnahme der Kartoffeln diese zu verbergen suchen. Gegen solche Praktiken mit Geldstrafen anzukämpfen sei zwecklos.

Abg. **Kaschubowski** (U.S.P.) lehnte die Vorlage ebenfalls ab, weil sie nur den Zweck habe, den Landwirten eine Liebesgabe von 10 Millionen Mark zuzuwenden. Er bestätigt die Angabe des Abg. Schmidt über das rücksichtslose Vorgehen der Blockparteien im Ausschuß und erinnert die Rechte an ihre Versprechungen auf reichliche Belieferung bei Aufhebung der Zwangswirtschaft. Redner verliest dann eine Mitteilung der „Volksstimme" über das Wirken der Königsberger Polizei gegen den Preiswucher und fordert die Danziger Polizei auf, das gleiche zu tun. Zum Schluß richtet Abg. Kaschubowski an die Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien die Aufforderung, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und gegen die Ausschußvorlage zu stimmen.

Abg. **v. Budzynski** (Pole) erklärt, daß das Gesetz nichts mehr besage, nachdem durch das Verlangen des Zentrums und der Deutschen Partei die Beschlagnahme bei Festsetzung von Höchstpreisen in der 2. Ausschußlesung gestrichen ist, obwohl diese Parteien vorher dafür eingetreten. Der Antrag ist deshalb erneut eingebracht worden.

Es erfolgte alsdann die Abstimmung. Die Anträge der Kommunisten wurden in einer Reihe namentlicher Abstimmungen mit durchschnittlich 50 gegen 25 Stimmen abgelehnt, der § 1 der Ausschußvorlage alsdann gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Abg. Gen. **Arczynski** beantragte zu § 2 des Gesetzes, daß die Deckung der Ausgabe durch eine Vermögensabgabe aufgebracht wird und begründete den Antrag wie folgt:

Das Kartoffelversorgungsgesetz ist weiter nichts wie

ein großes Betrugsgesetz

für Danziger Steuerzahler in der Form, wie es der Ausschuß hier vorgelegt hat. Sie werfen den Kartoffelerzeugern und Händlern 10 Millionen Mark der Danziger Steuerzahler einfach in den Schoß, ohne daß sie irgendeine Gegenleistung für diese 10 Millionen zu verzeichnen haben. Die Steuergesetze, die hier vorliegen, sind das Zuckersteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Luxussteuergesetz, alles Gesetze, die einmal die Industrie, Handel und Gewerbe, den kleinen Mann und den Konsum belasten; alles nur eine Liebesgabe zu der andern an die Agrarier. M. H., wenn Sie in den § 2 die Bestimmung aufnehmen, daß diese 10 Millionen zu decken sind von einem einzubringenden Vermögensabgabengesetz, dann wird die Bevölkerung vielleicht noch das Gesetz verstehen; wenn Sie es aber so annehmen, wie es hier vorliegt, dann ist es weiter nichts als wie eine

Liebesgabe von 10 Millionen Mark

an die Kartoffelhändler und Erzeuger. M. H. Beamten, die Sie hier als Volksvertreter sitzen. Sie haben aus allgemeinen Steuern Ihre Gehälter vorschußweise bezahlt bekommen. Auch Sie müssen die Kartoffelpreise, soweit sie nicht deutschnationale Parteikartoffeln im Keller haben, mit 80, 90 und 100 Mark bezahlen, je nachdem der Weltmarktpreis sich gestaltet. Ueberlegen Sie, was für ein großes Verbrechen Sie begehen an Ihrem Stand, Ihren Familien und Kindern, wenn Sie das Gesetz in der vorliegenden Form annehmen. Wenn dieses Verbrechen so weiter gehen soll, diese Volksauswucherung, dann ist es Zeit, daß die Bude mal auseinandergejagt wird, denn Sie haben

kein Recht mehr, den Namen Volksvertreter zu tragen,

wenn Sie auf Schritt und Tritt dem Volke die Nahrung entziehen. Ein solcher Volksvertreter verdient den Namen Volksvertreter nicht mehr. Wir geben Ihnen zum letztenmal die Gelegenheit zu beweisen, ob Sie den Besitz erfassen wollen oder ob Sie das Volk auspressen wollen bis zur Bewußtlosigkeit. Sie legen sich hier nur grundsätzlich fest durch unsern Antrag, daß der Senat verpflichtet wird, ein Vermögensabgabengesetz dereinst einzubringen und weiter nichts. Hier haben Sie gute Gelegenheit zu beweisen, ob Sie die Interessen des Volkes wahrnehmen oder ob Sie sich zu Lakaien eines Standes machen. (Bravo links.)

Der Antrag Arczynski wurde in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 31 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Antrag Budzynski auf Festsetzung von Höchstpreisen für die beschlagnahmten Kartoffeln wurde gleichfalls abgelehnt.

Das Gesetz wurde daraufhin in der 2. Lesung verabschiedet und in die 3. Lesung eingetreten.

Abg. Dr. **Eppich** (D. P.) erklärte, daß seine Fraktion zu der Frage der Vermögensabgabe noch keine Stellung genommen habe, es sei unzweckmäßig, eine Vermögensabgabe in das Kartoffelgesetz hineinzuarbeiten.

Abg. Gen. **Arczynski**: „Gerade der Herr Abg. Dr. Eppich war es, der bei der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs im Ausschuß gesagt hat: „Um die Kartoffeln gibt es Mord und Totschlag." Diesen Ausdruck hat kein anderer gebraucht als Dr. Eppich im Ausschuß. Ich war damals der Auffassung, daß es ein schönes Zeichen war für die Kartoffelbehandlung. Ich glaubte gerade damals, daß doch Dr. Eppich, der Volkswirtschaftler sein will oder ist das nötige Verständnis für die Notlage des Volkes haben müßte. Das war aber nur bei der ersten Beratung der Fall, nachher ist er umgefallen. Wahrscheinlich hat er einen entsprechenden Wink mit dem Zaunpfahl von seiner Fraktion („Von Blehm!", links.) oder seiner Verwandtschaft bekommen, und er ist umgefallen. Er hat nachher bei der zweiten Beratung im Ausschuß den Antrag des Herrn Kollegen Budzynski niedergestimmt und damit natürlich das ganze Gesetz für alle Arbeiter- und Beamtenvertreter unannehmbar gemacht. („Sehr richtig!", links.) Sie werfen hier 10 Millionen zur Verbilligung der ausländischen Kartoffeln aus. Die Unterscheidung zwischen einer ausländischen und inländischen Kartoffel wird wohl auch der Volkswirtschaftler, Dr. Eppich, nicht machen können, das wird wohl schwer möglich sein.

Nun ließ man sich schließlich noch diese Sache gefallen, wenn der Bestandsaufnahme auch gleichzeitig eine Beschlagnahme und Festsetzung von entsprechenden Höchstpreisen folgen würde. Da aber dieser Antrag in der zweiten Lesung im Ausschuß auch mit Ihrer Hilfe verschlechtert worden ist, ist das Gesetz weiter nichts, das stelle ich noch einmal fest, als eine Liebesgabe von 10 Millionen an Kartoffelproduzenten und Händler. Wer das nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen, er gehört zu denen, die nicht alle werden."

Auch bei der dritten Lesung wurden die Anträge Arczynski und Budzynski von den Blockparteien abgelehnt. Einzig der Zentrumsabgeordnete Stawicki stimmte für die Anträge der Linken. Das Gesetz wurde dann in dritter Lesung endgültig verabschiedet und noch eine Entschließung angenommen, in der eine Beschränkung des Brennrechtes, ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln, insbesondere Saatkartoffeln, und verschärfte Grenzkontrolle gefordert wird.

Die Tagesordnung war damit erledigt. Gegen 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch nächster Woche.

Aus dem Osten.

Wegen Beleidigung durch die Presse hatte sich vor der Königsberger Strafkammer als Berufungsinstanz der Hauptschriftleiter Eduard Kenkel-Königsberg zu verantworten. Es handelt sich um folgenden Sachverhalt: In der Nacht zum 11. Oktober vorigen Jahres wurde aus den Geschäftsräumen des Abwicklungsamtes des ersten Armeekorps ein Geldschrank gestohlen. Ueber diesen Vorfall erschien in den Zeitungen ein Polizeibericht. Einige Tage darauf kam die „Ostpreußische Zeitung" unter der verantwortlichen Leitung des Angeklagten in längerer Ausführung auf die Angelegenheit zurück. Sie behauptete, die Diebe hätten nicht die geringste Achtung vor der Königsberger Polizei, bestehlen die Polizei sozusagen in ihren eigenen Räumen, die Polizei wäre schlafmützig usw. In diesem Artikel erblickte Polizeipräsident Lübbring eine Beleidigung der Sicherheitspolizei und stellte gegen Kenkel Strafantrag wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verächtlichmachung der Staatsbehörde. Das Schöffengericht sprach aber den Angeklagten frei. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt vertrat in der Berufungsverhandlung die Ansicht, daß der Angeklagte bei der Kritik in dem Artikel über das Maß des Erlaubten hinausgegangen sei. Damals habe man an die Schutzpolizei nicht die Anforderungen stellen können, wie heute, da sie sich noch in der Entwickelung befunden habe. Er erblicke in dem Artikel Beleidigungen und beantrage 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht erachtete die Form der Ausführung in dem Artikel an sich als unangemessen, nach Lage der Sache sei sie jedoch über das Maß des im § 193 R.St.G.B. (Wahrung berechtigter Interessen) gewährleisteten Schutzes nicht hinausgegangen. Die Berufung des Staatsanwalts werde daher verworfen.

Polnische Regierung und die Ansiedlerfrage. Das Bureau der deutschen Abgeordneten im Sejm teilt in einer längeren Erklärung mit, daß alle wiederholten Versuche, den polnischen Ministerpräsidenten in der Angelegenheit der Rechtlosmachung der deutschen Ansiedler im abgetretenen Gebiet persönlich zu sprechen, gescheitert sind. Es wurde der Bescheid gegeben, daß der Präsident zu sehr in Anspruch genommen sei, um die deutschen Vertreter empfangen zu können. Ein polnischer Ministerialdirektor wurde schließlich beauftragt, den deutschen Interpellanten eine Unterredung zu gewähren. Die Erklärungen dieses Herrn waren aber nach jeder Richtung hin unbefriedigend.

Neues Zeitungsverbot in Königsberg. Die „Ostpreußische Zeitung" wurde durch Verordnung des Polizeipräsidenten auf drei Tage, bis einschließlich 4. Dezember, wegen eines Artikels „Fehlende Männer" verboten.

Aus aller Welt.

Schachwettkampf um die Meisterschaft der Welt. Der russische Großmeister Aljechin, der kürzlich aus dem internationalen Turnier im Haag als Sieger hervorgegangen ist, nachdem er kurz vorher im Budapester internationalen Turnier gleichfalls den ersten Preis errungen hatte, hat jetzt an den Weltmeister Capablanca eine offizielle Herausforderung zum Wettkampf um die Meisterschaft der Welt gerichtet. Capablancas Antwort steht noch aus, aber es ist kaum zu bezweifeln, daß sie in zusagendem Sinne ausfallen wird.

Ein folgenschweres Explosionsunglück in einer Zündholzfabrik, das auf den unvorschriftsmäßig gehandhabten Kochprozeß einer Zündholzmasse zurückgeführt wird, ereignete sich in der Zündwarenfabrick von Otto Tuisedann in Weißensee. Eine 18jährige (!) Arbeiterin war mit dem Zubereiten einer Zündholzmasse beschäftigt, als plötzlich aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen eine furchtbare Explosion erfolgte. Krachend stürzte ein Teil des leicht gebauten Hauses zusammen, eine mächtige Flamme schlug zum Himmel empor und die ganze Umgebung war im Nu in dichte erstickende Rauchwolken gehüllt. Als Hilfe zur Stelle war, fand man die Arbeiterin nur noch als Leiche auf; sie war auf der Stelle getötet worden. Ein 19jähriger Arbeiter erlitt schwere Verletzungen an der rechten Gesichtsseite. Ferner wurde eine Arbeiterin, die Koks zum Feuerungskessel bringen wollte, durch das zusammenstürzende Gebäude begraben und trug schwere Verletzungen im Rücken davon.

Der Ermordete im Reisekoffer. Ein Kapitalverbrechen ist durch den Transport der Leiche des Ermordeten in Eberswalde entdeckt worden. Dort war auf dem Bahnhof ein Mann aufgefallen, der einen ganz durchnäßten großen Reisekoffer mit sich führte. Kriminalbeamte stellten den Mann, untersuchten den Koffer und fanden darin die Leiche eines erwachsenen Mannes. Mehrere Schußwunden und ein Knebel im Munde ließen erkennen, daß es sich um das Opfer eines Kapitalverbrechens handelte. Der Transporteur des unheimlichen Gepäckstückes wurde verhaftet und sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Die Ermittelungen ergaben, daß der Verhaftete ein 28 Jahre alter Kaufmann Alfred Tieke ist, der bei einem Ehepaar Hasenthal in Berlin wohnte. Der Tote in dem Koffer wurde festgestellt als sein Wirt, der 46 Jahre alte Ingenieur Hasenthal. Tieke hat diesen, soweit bisher festgestellt werden konnte, erschossen und mit Hilfe der Frau Hasenthal die Leiche sodann in den großen Reisekoffer gepackt. Nachdem sie ihn dann noch verschnürt hatten, hatten sie ihn mit der Bahn nach Eberswalde hinausgeschafft. Die Frau Hasenthal wurde verhaftet.

Furchtbare Kinokatastrophe in Amerika. In Newhaven (Connecticut) rief in einem Lichtspieltheater der Ausbruch eines Feuers unter den Zuschauern eine unbeschreibliche Panik hervor, bei der 20 Personen totgetreten oder erstickt wurden. 400 Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Das Lichtspieltheater lag nur wenige hundert Meter vom Gebäude der Yale-Universität entfernt, woraus es sich erklärt, daß die meisten Zuschauer Studenten waren.

Der wachsende Verfall Konstantinopels wird in dem jährlichen Bericht des Polizeipräsidenten der Stadt erörtert, der mitteilt, daß in den letzten 13 Jahren jährlich durchschnittlich 1500 Häuser abbrannten, ohne wieder aufgebaut zu werden. Die Trümmer dieser Häuser bedecken ein Gebiet von fast 3 Quadratkilometer. Da die Stadtkassen vollkommen leer sind, so ist der Aufbau ganz unmöglich. In der Stadt fehlen selbst die Mittel, um für die Feuerwehr die nötigen Werkzeuge zu beschaffen, und so sollen die Kosten dafür durch eine Anleihe aufgebracht werden, die ausländische Versicherungsgesellschaften geben wollen.

Eine Springflut verursachte beträchtlichen Schaden in der Provinz Capez auf den Anapu-Inseln. Es wurden 100 Tote gezählt.

Eine Handgranatenexplosion ereignete sich bei einer Uebung der Küstenwehrabteilung im Fort Heppens bei Wilhelmshaven. Ein Heizer wurde getötet, ein Offizier, ein Feldwebel, ein Unteroffizier und vier Mann leicht verletzt.

Danziger Nachrichten.

Militaristische Jugenderziehung im Freistaat.

Nicht genug, daß in der Schupo und Einwohnerwehr wieder der alte verderbliche militaristische Geist gezüchtet wird, ist man seit einiger Zeit dabei, auch die Jugend wieder auf das Soldaten- und Kriegs„spiel" zu begeistern. Der „Danziger Allgemeinen Zeitung" entnehmen wir darüber folgenden vielsagenden Bericht:

Die Jungsturmbewegung. Der Danziger Jugendbund (Jungsturm-Abteilung Nr. 60) erhielt den Besuch des Reichsführers des Deutschen Jungsturms, Rittmeister a. D. von Münchow (früherer Danziger Leibhusar). (!!) Unter seiner Leitung fand am vergangenen Sonntag vormittag, im Beisein des Danziger Jungsturm-Oberführers, Studienrat Köhler-Langfuhr, in den Bergen westlich Langfuhr ein Geländespiel statt, dessen Spiellage der Zeit der Danziger Hansa entnommen war. Montag, den 28., abends 8 Uhr, hielt Rittmeister von Münchow im Café Seeger einen Vortrag über die Jungsturmbewegung. Der bereits 24 Jahre alte Jungsturm bezweckt die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend im vaterländischen Sinne, jedoch unter Ausschluß jeglicher Parteipolitik oder sonstiger politischen Tendenz. Die Danziger Gruppe, im Straßenbild durch die weißen Mützen bekannt, steht unter Leitung des Senatsbeamten H. Stoll.

Wenn schon die Behörden dieser ausgesprochen militaristischen Bewegung stillschweigend zusehen oder sie sogar fördern, sollte es doch keine aufgeklärte Arbeiterfamilie geben, die ihre erwachsenen Kinder einer solchen „vaterländischen Erziehung" preisgibt.

Freigabe der Danziger Flugzeuge.

Am vergangenen Sonnabend hat das letzte hier noch weilende Mitglied des Luftfahrtüberwachungsausschusses der alliierten Mächte, ein französischer Leutnant, Danzig verlassen. Der Ausschuß, der, wie seinerzeit berichtet, seine Tätigkeit Ende Juli d. Js. in Danzig aufnahm, sollte ursprünglich aus je einem englischen, französischen und italienischen Mitglied bestehen. Später traf dieses nicht ein und auch das englische Mitglied reiste nach einigen Wochen ab. Wenn auch ein sehr großer Teil unseres Flugzeugmaterials durch den Ausschuß zur Zerstörung bestimmt wurde, so ist jetzt wenigstens eine Klärung der Lage geschaffen, so daß unsere Luftreedereien im nächsten Frühjahr den Betrieb in vollem Umfange werden aufnehmen können. Die großen Verkehrsflugzeuge, die für 5 Passagiere Platz boten, die sogenannten Limousinen, sind jetzt endgültig für den Verkehr freigegeben. Gegen die Zulassung der Fokker-Limousinen, die in Holland gebaut und mit englischen Siddeley Puma-Motoren ausgestattet waren, bestanden von seiten der Kommission in bezug auf die Zulassung niemals Bedenken, da es sich bei ihnen nicht um ehemaliges deutsches Kriegsmaterial handelt. Die Junkers-Limousinen, die in Deutschland gebaut wurden, aber keineswegs den Typ eines Kriegsflugzeuges haben, sind von der Alliierten Kommission ebenfalls freigegeben, soweit sie vor Abschluß des Friedensvertrages, d. h. vor dem 10. Januar 1920 gebaut worden sind. Von den ehemaligen zweisitzigen Militärflugzeugen, den sogenannten C-Maschinen, die in Danzig als Postflugzeuge benutzt wurden, ist ebenfalls ein Teil für den Luftverkehr freigegeben, während der größere Teil, darunter auch mehrere Wasserflugzeuge, sowie sehr zahlreiches Ersatzmaterial, zerstört wurden.

Sämtliche jetzt in Danzig freigegebenen Flugzeuge haben die Berechtigung, nach Deutschland zu fliegen, ohne Gefahr zu laufen, dort durch die Entente beschlagnahmt zu werden.

Auch die Rechtsprechung wird teurer! Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, nach dem die Gerichtskosten, die Gebühren der Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Notare, der Zeugen und Sachverständigen und die Schreibgebühren der Schiedsmänner erheblich erhöht werden. Die Erhöhung beträgt allgemein das Zwei- bis Dreifache der bisherigen Sätze.

Der Bildungsausschuß veranstaltete gestern abend seinen ersten Einzelvortragsabend, in dem Genosse Fooken über Geld, Valuta und Geldentwertung sprach. Der Redner zeigte in seinem Vortrage die Aufgaben des Geldes als Zirkulationsmittel. Gar zu oft wird das Geld seinem eigentlichen Zweck als Zirkulationsmittel entzogen und dann treten die Störungen im Wirtschaftsleben auf. Diese Störungen zu beseitigen, werden viele Methoden empfohlen. Der Redner beleuchtete sie einzeln und zeigte ihre Wirkungen auf die Volkswirtschaft. Zum Schluß des Vortrags fand eine eingehende Diskussion statt, in der der Wunsch zum Ausdruck kam, öfter volkswirtschaftliche Abende zu veranstalten.

Neuer Hafenabgabentarif. Der zurzeit geltende Abgabentarif für den Danziger Hafen soll in Kürze durch einen neuen Tarif ersetzt werden, der der veränderten wirtschaftlichen Lage Danzigs und den gesteigerten Verkehrsverhältnissen im Hafen mehr angepaßt ist. Der Hafenausschuß hat daher einen neuen Entwurf für diesen Tarif und dessen Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet. Die Handelskammer hat diesen Entwurf im Druck vervielfältigen lassen und in einer Reihe von Kommissionssitzungen eingehend dazu Stellung genommen. Auf Grund dieser Beratungen sind die Vorschläge des Hafenausschusses und die Vorschläge der Handelskammer in einer Druckschrift gegenübergestellt worden. Diese Druckschrift kann durch Interessenten von der Handelskammer abgeholt werden.

Der Aussperrungsprozeß gegen Schichau ist am 30. November erneut vertagt worden. Die Firma Schichau versucht, durch weitgehende prozessuale Anträge, den Prozeß zu verschleppen.

Die städtische Trinkerfürsorgestelle hat an jedem Dienstag und Freitag Sprechstunden von 3 bis 6 Uhr nachmittags in der Wiebenkaserne, Flügel A, Wohlfahrtsamt, Zimmer 27, Eingang Wallplatz. Alkoholkranke und deren Angehörige erhalten hier unentgeltlich Rat und Hilfe.
Volkstagsfraktion.

Stadtmuseum. Unsere Gemäldegalerie ist um zwei charakteristische Werke der neuen deutschen Malerei bereichert worden. Das bereits vor einigen Wochen im modernen Saal ausgestellte Bild von Max Pechstein „Blumenduft" wurde von den Kommerzienräten Behnke und Sieg gestiftet. Ein Selbstbildnis des rheinischen Malers Heinrich Nauen schenkte Stadtverordneter Kurt Stebenfreund.

Technische Hochschule. Die Vorlesungen über russische Sprache waren infolge Berufung des Herrn Staatsrats v. d. Ropen nach Königsberg bis jetzt unterbrochen. Herr Studienrat Kuhn wird die Vorlesungen nunmehr vom 6. Dezember an wieder abhalten: Dienstag, 5½ bis 7 Uhr für Fortgeschrittene, Donnerstag 6 bis 7½ Uhr für Anfänger, im Hörsaal Nr. 137/38, 2. Stockwerk.

Zu dem Bericht über die Kriegsbeschädigtenversammlung wird uns vom Reichsbund ergänzend mitgeteilt, daß der vom Reichsbund ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter nicht die Einstellung eines, sondern von drei Kriegsbeschädigten auf je 100 Arbeiter verlangt. Die Resolution über die Entlöschung des Munitionsdampfers wurde nicht angenommen, sondern die Versammlung lehnte den Antrag, wegen seines politischen Hintergrundes, glatt ab.

Der Fremdenverkehr Danzigs. Es sind polizeilich gemeldet insgesamt 1573, davon aus Polen 762, Deutschland 400, Rußland 31, Amerika 20, Lettland 20, Litauen 19, Holland 17, Schweden 12, Frankreich 9, Ukraine 8, England 7, Dänemark 6, Estland 6, Rumänien 6, Belgien 5, Oesterreich 5, Italien 4, Memel 4, Norwegen 4, Schweiz 4, Tschecho-Slowakei 4, Ungern 2, Brasilien 1, Bulgarien 1.

Ein Zitherkonzert veranstaltet der Danziger Zitherklub am Sonnabend, den 3. Dezember, im Gesellschaftshaus, Hintergasse 16. Wir verweisen auf das Inserat in unserer gestrigen Ausgabe.

Eine Vorturnerprüfung der Arbeiterturner fand am Sonntag, den 27. November in der Turnhalle im Stadtgebiet statt. Die Prüfung wurde an Pferd, Barren und Reck vorgenommen, außerdem mußte eine ausgeloste Uebung schriftlich in einzelne Teile zerlegt und dann praktisch vorgeführt werden. Zum Schluß kamen selbstgewählte Freiübungen an die Reihe. Abends vereinigten sich Prüfer und Prüflinge sowie Turngenossen in der „Ostbahn" in Ohra, wo das Ergebnis bekanntgegeben wurde. Von 17 Prüflingen hatten 12 die nötige Punktzahl erreicht. Der Bezirksturnwart nahm den neuen Vorturnern das Versprechen ab, mit ihrer ganzen Person zu der Arbeiterturnsache zu stehen und zu wirken.

Tagesordnung zur Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 6. Dezember 1921, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1. Zweite Lesung sämtlicher Haushaltspläne für 1921 und endgültige Feststellung des HauptHaushaltsplanes für 1921. 2. Erste Lesung des Haushaltsplanes der Forst- und Dünenverwaltung für 1921/22. 3. Berichterstattung und Anträge des Ausschusses betr. Nachprüfung über die in die Haushaltspläne einzelnen Absätze für Dienstwohnungen, Heizung und Beleuchtung. 5. Wahl: a) zweier Armen- und Waisenpfleger der 12. Armen- und Waisenkommission, b) eines stellv. Bezirksvorstehers für den 1. Stadtbezirk (6. soll. fort. 7. Genehmigung von Vergleichen in Immobiliarschadensachen. 8. Einbau einer Kurve in der Gleisführung der Schlachthofstraßenbahn. 9. Erhöhung der Unterstützungssätze der städtischen Lehrer, Witwen, Waisen und Schuldiener. 10. Erhöhung der Zuschüsse für das Zufluchtsheim und den Verein Kinderhort. 11. Erhöhung der Fahrpreise der Danziger Straßenbahn. 11a. Einbau von 5 Ueberfuhrdrahten am Kaiserhafen. 11b. Ausbau der städtischen Feuermeldeanlage. 11c. Ergänzung des Schlauchbestandes der Feuerwehr. — Geheime Sitzung.

Ein Geschäftsfreund. Der Arbeiter A. K. in Langfuhr stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage des Betruges. Er bot sich einem Gastwirt in Langfuhr als Geschäftsfreund an, und wollte für ihn Waren verkaufen. Er könne an die Hafenarbeiter auf dem Weichseluferbahnhof, wo er arbeite, viel Zahnrad und Zigaretten und Zigarren verkaufen. Krause ließ auch bestellen. Aber der Gastwirt hatte den Bock zum Gärtner gemacht, denn Krause war kein bester Kunde bei diesem Warenreichtum. Die Hafenarbeiter sagten, für solche Waren haben sie kein Geld aus, aber unentgeltlich sind sie zur Verfügung in jeder Menge bereit. Zur Abrechnung ließ Kr. sich nicht sehen. Das Gericht verurteilte Krause wegen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis.

Vermißt. Am 10. November d. Js. entfernte sich aus seiner Wohnung, Heiligenbrunner Weg 31, der am 1. April 1875 zu Groß-Trampken geborene Techniker Hugo Korwath. Es ist bis heute über seinen Verbleib nichts näheres bekannt. Da er in letzter Zeit ein gedrücktes Wesen zur Schau getragen, wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. Um zweckdienliche Mitteilungen bittet Polizeipräsidium, Abteilung 1 c.

Verschwunden ist seit ungefähr drei Wochen die 20 Jahre alte Agnes Konkel, wohnhaft Neuschottland 21. Die Konkel ist ca. 1,67 Meter groß, hat dunkles Haar und graue Augen, bekleidet war sie mit einem schwarzen langen Mantel, schwarzem Rock, heller Bluse, schwarzen Halbschuhen, ohne Kopfbedeckung. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet das Polizeipräsidium, Abteilung 1 c.

Tannsee. Der Sozialdemokratische Verein Tannsee hielt eine gut besuchte Monatsversammlung ab, in der Gen. Schaplinski über die politische und gewerkschaftliche Lage sprach. Es wurde ferner beschlossen, ein Winterfest zu veranstalten. Für die „Volksstimme" wurden 22 neue Leser gewonnen. Die Erfolge in Tannsee müssen für unsere Genossen ein Ansporn sein, ebenfalls mit allen Kräften für die Ausbreitung der „Volksstimme" zu sorgen.

Danziger Stadttheater.

Caillavet, Flers und Rey: „Die Fahrt ins Blaue".

Ohne den dritten Mann hat diese französische Lustspielfirma auf deutschen Bühnen vor dem Kriege manches Spiel gemacht und gewonnen. Daß sie dies gewann, selbst in den Metropolen so leicht gewann, mag man als unseren guten Willen zur Verbrüderung ansehen. Denn das Stückchen ist herzlich dünn, nichts als arrangiert, und selbst da, wo sonst die Kraft der Franzosen sitzt, in der Art, Stoffe zu würzen, schmackhaft zuzubereiten und handlich und delikat zu servieren, spürt man wenig. Nach dieser „Fahrt ins Blaue" könnten die Autoren ebensogut in Minden, Plauen oder Elbing sitzen, statt in Paris. Dazu kommt noch, daß sie diesmal einen Teelöffel Oel in die aufgewärmte Suppe getan haben, der sich gern als „Poesie" ausgeben möchte. Auch ein Hang zur Dehnung und Geschwätzigkeit macht sich breit. So kommt man bei mancher hübschen Situation, mancher gut gebauten Szene nicht recht in den Schwung, den sonst die französischen Komödien geben. Nur im zweiten Akt fühlt man die geschickten Theatermacherhände, die lässigen Stimmungszauber mit einer gewissen graziösen Pikanterie zusammenbringen. Im übrigen ist die ganze Sache stofflich schon dagewesen, bringt nirgend etwas, was über das Niveau einer sehr leichten Abendunterhaltung hinausgeht, und es stellt sich eine brave Zufriedenheit ein, wenn am Schlusse die mit ihrem Ehemaligen zur Großmutter ausgerückte Braut den Erwählten ihres Herzens erhält.

Das Stück hatte Heinz Brede (der einzige, der an diesem Abend wie ein echter Franzos aussah) sehr hübsch gerichtet; den ersten Akt im Tempo fast französisch, die übrigen mehr bieder-herzerquickend, mehr fürs Gemüt, wobei natürlich der Paprika des 2. Aktes zum Teufel ging. Im ganzen betrachtet, fehlte dem Abend zweierlei: die Peitsche des Aufpizienten und ein kräftig betätigter Rotstift des Regisseurs. Hier läßt sich sehr viel an Ballast abwerfen, und der Ballon steigt, wo er in Greifweite über dem Boden dahinschleppt.

Jenny von Weber stand im Mittelpunkt. War die künstlerische Kraft des Abends. Einmal bei ihrem Erscheinen rein äußerlich eine greise Marquise, wie aus dem Rahmen genommen. Und dann in all den Tönen, den hörbaren und den unhörbaren, wo ihr Herz spricht. Eine Junggebliebene. Und ein Prachtweib in all den kleinen Zügen des ewig Weiblichen. Ihrer war der Abend!

Auch die meisten anderen Darsteller boten viel Erfreuliches. Marga Lichtenstein fand sich mit dem fortgelaufenen Bräutchen recht gut ab, weil sie überall klug zurückhielt und geräuschlos blieb. Darin ging freilich Lothar Bühring soweit, daß er fast die Grenze des Lebernen streifte. Erich Sternecк soll in dem Stücke etwas wie ein Hanswurstl sein, was ihm ohne Zweifel gut gelang. Ein treffliches Stück Charakterzeichnung gab auch wieder Frieda Regnald mit der schlimmen Gräfin. Von den zahlreichen sonst mitwirkenden Personen verdient Frieda Werner hervorgehoben zu werden, die ihre kleine Partie mit großem Geschick und ergötzlicher Echtheit anfaßte.

Der Beifall war nach jedem Akt laut und herzlich. Auch Blumenspenden fehlten nicht. Willibald Omankowski.

Zoppoter Sportzeitung. Heft 9 ist erschienen. Das neue Heft beweist wieder, daß diese Zeitschrift für Sport, Mode und Gesellschaft voll berechtigt ist, mit in erster Reihe zu stehen. Interessante Aufnahmen, hervorragend gelungene Bilder spannender Momente aus sportlichen Kämpfen sind den sachlich, doch flott und unterhaltsam geschriebenen Artikeln beigegeben. Aus dem reichhaltigen Textteil seien erwähnt: eine Abhandlung über die Berliner Automobilausstellung — Die Pflege des Reitsportes im Freistaat — Danziger Rudersport — Eine Plauderei „Der Schiedsrichter". Der Modeteil bringt zwei Aufsätze. Unter dem Titel „Von den Brettern, die die Welt bedeuten" berichtet Dr. Kurt Peiser über die Danziger Theaterereignisse des verflossenen Monats. Besonders reich ist in dem neuen Heft der Unterhaltungsteil bedacht.

Versammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

An die Haupt- und Unterkassierer. Da die Geschäfte von Danzig-Stadt am 1. Januar an den Landesvorstand übergehen, ist es notwendig, die Abrechnung bis zum 15. Dezember fertigzustellen und dem Bureau einzureichen.

Volkstagsfraktion.

Heute abend 6 Uhr Sitzung im Fraktionszimmer.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Zoppot.

Sonntag, den 4. Dezember, von 12—3 Uhr, im Lokal Blokus, Urabstimmung. Verbandsbücher mitbringen.

Arbeiterjugend Langfuhr.

Sonntag, den 4. Dezember, nachm. 5 Uhr: Vortrag des Gen. Weinlein „Eine Reise nach West-Indien". Gäste können eingeführt werden.

Touristenverein „Die Naturfreunde":

Sonntag, 4. Dezember: Nachmittagsspaziergang. Treffen: 2 Uhr, Kohlenmarkt. Führer: Jablonski.

Standesamt vom 2. Dezember 1921.

Todesfälle. Arbeiter Gustav Ohm, 61 J. 5 Mon. T. d. Feuerwehrmanns Gustav Hubenstein, 7 J. 4 M. — Invalide Franz Gratzel, 72 J. 6 Mon. — Rieter Emil Patzke, 87 J. 8 Mon. — Architekt Alfred Maglera, 30 J. 8 Mon. — S. d. Kaufmanns Gustav Groen, 5 Woch. — T. d. Kaufmanns Eugen Lenge, 1 Mon. — S. d. Tischlers Wilhelm Hartmann, 8 Woch. — Frau Alma Bahl geb. Schwak, fast 50 J. — Unehelich 1 Tochter.

Polizeibericht vom 2. Dezember 1921: Festgenommen 18 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Passantenbelästigung, 2 wegen Bettelns, 8 in Polizeihaft. Obdachlos 5 Personen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Auszl. —) 6,20	am Vortage		5,90
Dollar:	200	„	„	200
Engl. Pfund:	800	„	„	800
Franz. Franks:	14,—	„	„	14,45
Schweiz. Franks:	85,90	„	„	41,40

Wasserstandsnachrichten am 2. Dezember 1921.

	30. 11.	1. 12.		30. 11.	1. 12.
Zawichost	+ 0,49	+ 0,48	Montauerspitze	— 0,30	— 0,21
Warschau	+ 0,75	+ 0,66	Piechel	— 0,12	— 0,08
Plock	+ 1,09	+ 1,04	Dirschau	+ 0,66	+ 0,61
	1. 12.	2. 12.	Einlage	+ 2,12	+ 2,00
Thorn	+ 0,85	+ 0,83	Schiewenhorst	+ 2,34	+ 2,18
Fordon	— 0,31	— 0,50	Schönau O. P.	+ 6,34	+ 6,41
Culm	— 0,80	— 0,69	Galgenberg O. P.	+ 4,70	+ 4,72
Graudenz	+ 0,40	+ 0,41	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,00
Kurzebrack	— 0,01	— 0,08	Anwachs	+ 1,00	+ 1,07

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Durch einen unverschuldeten Unglücksfall fiel unser Arbeiter

Emil Patzke

am 30. November ds. Js. von einer Stellage am Dampfer „Göttingen" in das Wasser und ertrank.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen besonders tüchtigen, ruhigen und arbeitsamen Arbeiter, der bei seinen Arbeitskollegen besonders beliebt war und sich bei seinen Vorgesetzten der größten Achtung erfreute.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Danziger Werft. (5651

Ab 1. Dezember 1921 ist wieder

AMELKA-Milch

erhältlich. (5657

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

Vom 2. Dezbr. — tägl. 4 Uhr — Bis 8. Dezbr.

Die beliebte Filmkünstlerin Colette Corder und Adalbert v. Schlettow in dem Großstadt-Detektiv

„Nachtgesindel!"

6 sensationelle Akte. (565

Der lebende Ballast!

Ein großer italienischer Abenteurer in 5 Akten mit spannenden Freiballon-Szenen und herrlichen Landschaftsbildern als Rahmen einer eindrucksvollen Handlung.

Diverse Einlagen.

4 — 6 — 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Decken Sie sich mit (5597

Weihnachtskerzen

ein, jetzt noch enorm billig

Drogerie am Dominikanerplatz

Junkergasse 12, Eckhaus Breitgasse, an d. Markthalle

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr:

Dauerkarten B 2.

Das Glöckchen des Eremiten

Komische Oper in 3 Akten. Musik von Aimé Maillart.
Szenische Leitung: Walter Mann.
Musikalische Leitung: Erich Walter.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend, abends 6 Uhr: Dauerkarten C 2. Ermäßigte Preise. **„Wilhelm Tell".**

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Zehnte (literarische) Morgenfeier: **Willibald Omankowski.** „Aus eigenen Dichtungen".

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit! **„Mignon".**

Montag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. **„Die Fahrt ins Blaue".** Lustspiel.

Der Hausfrauenbund Danzig

Berufsorganisation d. Hausfrauen

hält vom 4. bis 6. Dezember im Schützenhaus (Villa Saal) eine

Weihnachtsmesse

ab und ladet hierzu alle Hausfrauen (auch Nichtmitglieder) ein. Zum Verkauf gelangen:

Kunstgewerbliche Sachen, Antiquitäten, Handarbeit., Bücher, Spielsachen, Gebäck und Konfekt.

Die Sachen sind zum Teil gebraucht oder von Mitgliedern angefertigt und werden zu **billigsten Preisen** abgegeben.

Eintrittspreis 2 Mk. (5656

Stroh- Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei **sorgfältigster** Ausführung in **kürzester Zeit**

umgepreßt,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle

nur Lawendelgasse Nr. 6—7.

(gegenüber der Markthalle). (4389

Neu! Neu!

Gr. Eisbahn Halbe Allee

Vergrößert durch Berg- und Talbahn.

Keine Preiserhöhung.

Schlittschuhe werden verliehen.

Geöffnet vormittags von 8 bis 1 Uhr.
Nachmittags von 3 bis 9½ Uhr.
Telephon 5181.

5655)

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 2. Dezember,

abends 7½ Uhr

Kassenöffnung 6 Uhr.

„Zwangseinquartierung"

Sonntag, den 4. Dezember:

Der Graf von Luxemburg

Montag, den 5. Dezember, abends 6½ Uhr:
Kassenöffnung 5 Uhr.

Zweites und letztes Gastspiel von Max Pallenberg.

Der Herr Minister

Komödie in 4 Akten von Schirmer.

Die Vorstellung geht ohne jede Kürzung in Szene.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5510

„Libelle"

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Zur Aufklärung!

Die Margarinepreise werden von einer Kommission der Fabrikanten, welche im Margarineverband zusammengeschlossen sind, festgesetzt.

Diese Kommission legt dem Reichsernährungs-Ministerium die jeweilig festgelegten Preise und die zu Grunde gelegte Kalkulation vor.

Das Reichsernährungs-Ministerium konnte gegen die von der Kommission vorgelegten Preise keine Einwendungen erheben.

Die Zeitungen erhielten vom Margarineverband ein Rundschreiben, in welchem die Grundsätze der Preisbildung für die Margarine klargelegt wurden, doch kommen immer noch andauernd irreführende Mitteilungen.

Trotz aller Aufklärungen und trotz der genehmigten Preise beschlagnahmte die Berliner Polizei am 1. November bei unserer Berliner Niederlage einen größeren Posten Margarine wegen angeblich übermäßiger Preisforderung, **gab aber den Verkauf derselben Margarine zu den von ihr beanstandeten Preisen** nach drei Stunden wieder frei.

Das Berliner Gericht hat trotzdem die Beschlagnahme vorläufig bestätigt, **ohne uns vorher zu hören.** Die endgültige Entscheidung muß erst noch erfolgen.

Im Anschluß an diese Schilderung erklären wir:

Wir haben stets, und auch am 1. November in Berlin, wie fast alle Fabrikanten, nur die von der gemeinsam gewählten Kommission festgelegten Preise gefordert.

Wir haben niemals Ware zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Unsere Fabrik arbeitet seit Monaten, nur durch Sonntage unterbrochen, Tag und Nacht, um die große Nachfrage nach unsern Marken zu befriedigen. Unsere Berliner Niederlage braucht allein wöchentlich 2500 bis 3000 Zentner Margarine. Die beschlagnahmte gewesene Menge von 1800 Zentner war demnach höchstens für den Verkauf von vier Tagen ausreichend.

Bahrenfelder Margarine-Werke
A. L. MOHR, G. m. b. H. 5652

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —
Kein Policenverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Gebrauchte (†

Grammophon-Platten

zu kaufen gesucht. Offert. u. **O. 112** a. d. Exped. d. Ztg.

Der Familienkalender des arbeitenden Volkes ist der

VORWÄRTS ALMANACH

1922

In Tiefdruck hergestellt, reich illustriert, enthält er viele interessante Aufsätze über wichtige Gegenwartsfragen, ferner Erzählungen, Anekdoten, u. a. m., für jung und alt. Preis in künstl. Mehrfarbenumschlag Mark 4,—

Buchhandlung
Volkswacht
Am Spendhaus 6 u.
Paradiesgasse 32

Zentral-Theater

Langgasse 31 ★ Fernsprecher 1012

Freitag, ¼4 Uhr:

Die erfolgreiche große Filmoperette

Die Strandnixe

6 große Akte. Hauptrollen:

Lilly Flohr . . . als Strandnixe

Josef Commer, Felix Hecht, Jise Marwenga, Rolf Brunner

28 Gesangseinlagen (5654

u. a.: Ich weiß nicht was es ist. Man muß die Manner zappeln lassen. So sind wir beide dann ein Paar. Dir sei das erste Glas geweiht. Ich habe mir die Ehe ganz anders gedacht. Komm mit mir, wir fliehen, usw. usw.

Die Gesänge sind von ersten Berliner Künstlern übernommen

Anfangszeiten: 4 Uhr, 6.10 Uhr, 8.20 Uhr.

Es wird höflichst um den Besuch der **4-Uhr-Vorstellung** gebeten.

LUSTSPIEL-EINLAGE!

Alt. Bodenrummel

Eisen, Blei, Messing und Kupfer kauft **Plotzki,** Schlüsseldamm 11. (5596

Felle

aller Art kauft zu höchst. Tagespreisen

W. Drews,
Lederhandlung,
Milchkannengasse 14,
Telephon 1645.

5651

Danziger Konfektionshaus · Größte Kleiderfabrik des Ostens

Fabrik: **Poggenpfuhl 59** am Wiebenplatz

Geschäfte: **Töpfergasse 23/24**
Altst. Graben 66 b
und
Poggenpfuhl 59.

Fernsprecher 409 — Inh. **A. Steinhöfel** — Fernsprecher 409

Zur Deckung Ihres Herbst- und Winterbedarfs empfehle ich meine:

Anzüge, Ulster, Paletots, Joppen, Hosen u. s. w.

zu **äußerst billigen Preisen.** (5452

Sämtliche Konfektion ist in eigener Fabrik hergestellt und bürgt für beste Verarbeitung.

Mass-Abteilung

zur Anfertigung von erstkl. Damen- u. Herrengarderobe

Gute Stoffe :: Beste Verarbeitung :: Garantie für tadellosen Sitz

Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen und äußerst billig berechnet.